Schattenblick

MA-Verlag | Elektronische Zeitung Schattenblick | Dienstag, 6. November 2018

UMWELT / BRENNPUNKT

Brandsatz Fukushima - Soziale Manipulation und Gefährdungsverblendung ...

Grafik: © 2013 by Schattenblick

(SB) - Der japanischen Regierung ist es gelungen, die kritische Berichterstattung über die Havarie des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi weitgehend ... *(S. 10)*

POLITIK / REDAKTION

Syrien - Es droht den USA die Blamage ...

(SB) - In Syrien stehen nach siebeneinhalb Jahren Bürgerkrieg mehr als 60 Prozent des Staatsgebiets, vor allem die Region mit den Metropolen Damaskus und Aleppo, die im Süden an Jordanien und im Westen an Israel, den Libanon und das Mittelmeer grenzt, unter der militärischen Kontrolle der Syrischen ... *(S. 3)*

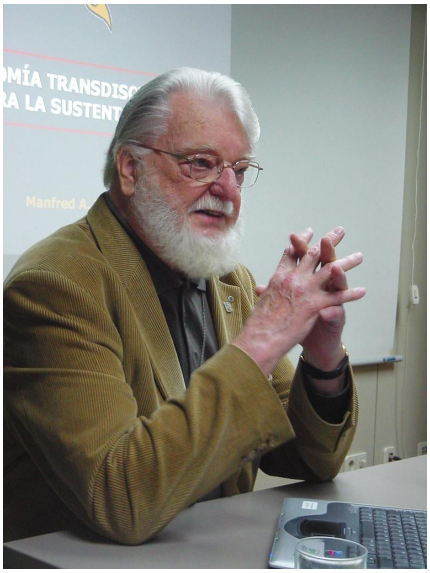
POLITIK / KOMMENTAR

Flucht - Tendenz Lager ...

(SB) - Für die nächsten Monate ist das Wichtigste Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung. Was wir nicht mitmachen, ist irgendeine Form von Lager ... *(Seite 5)*

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Max Neef: "Das neoliberale Wirtschaftsmodell tötet mehr Menschen als alle Armeen der Welt."



Manfred Max Neef
Foto: Olga Berrios - Flickr: manfred3, CC BY 2.0 https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de

(Buenos Aires, 29. Oktober 2018, ecupres) - "Die Wirtschaft weiter wachsen lassen, um mehr zu konsumieren und eine unendliche Menge an unnötigen Dingen herstellen, um eine der mächtigsten Einrichtungen voranzubringen: Die Werbeindustrie, deren Aufgabe sehr deutlich ist: Dich dazu zu bringen, Dinge zu kaufen, die du nicht brauchst, von dem Geld, das du nicht hast, um Leute zu beeindrucken, die du nicht kennst. Das kann ganz offensichtlich nicht nachhaltig sein", so der Wirtschaftswissenschaftler Max Neef. Neef, ehemaliger chilenischer Präsidentschaftskandidat und Autor der These "Entwicklung nach menschlichem Maß", kritisiert die Wachstumsfixiertheit im neoliberalen Wirtschaftsmodell als brutalen und gefährlichen Flop und sieht die Verantwortung für einen Großteil des "Schreckens, den wir heutzutage in der Welt erleben" in eben jenem Modell.

Wirtschaft im Dienste des Lebens

In einem Interview mit der Zeitschrift En Torno erklärt Neef: "Das neoliberale Wirtschaftsmodell tötet mehr Menschen als alle Armeen der Welt zusammen, und niemand landet dafür vor Gericht oder im Gefängnis. Niemand wurde bisher dafür verurteilt. All' die Schrecken, die wir heutzutage in der Welt erleben, basieren auf dieser ökonomischen Vision und ihrer Praxis. Die Wachstumsfixiertheit ist einfach Schwachsinn. Jede*r weiß doch: Alle lebenden Organismen wachsen bis zu ei-

nem gewissen Punkt, und dann nicht mehr. Du hast aufgehört zu wachsen, ich habe aufgehört zu wachsen, der große Baum hat aufgehört zu wachsen, aber er hört nicht auf, sich zu entwickeln." Max Neef glaubt an die Vision der Ökologischen Wirtschaft "die im Unterschied zur traditionellen Wirtschaft im Dienste des Lebens steht und sich grundsätzlich von konventionellen Wirtschaftsweisen unterscheidet."

"Die konventionelle Ökonomie, als Tochter der neoklassischen Ökonomie, hat - angelehnt an Newton - ein mechanistisches Weltbild: Das menschliche Wesen, die Wirtschaft und die Welt sind mechanisch. Und in einer mechanischen Welt gibt es Systeme, die aus Teilen bestehen. Diese Teile lassen sich auseinandernehmen, analysieren und wieder zusammensetzen. Die ökologische Ökonomie hingegen basiert auf einer organischen Weltanschauung. Die Systeme bestehen nicht aus einzelnen Teilen, sondern aus untrennbaren beteiligten Faktoren. Das bedeutet, dass alles aufs Engste miteinander verknüpft ist - ein Grundsatz, den wir bereits seit 90 Jahren aus der Quantenphysik kennen, aber es hat lange gedauert, bis er sich auch in den Sozialwissenschaften durchgesetzt hat."

Fünf Postulate für eine Ökologische Wirtschaft

Neef, ehemaliger Direktor der Universitäten Bolivariana und Austral, unterscheidet fünf fundamentale Postulate und ein unverzichtbares Werteprinzip, auf die sich die ökologische Ökonomie oder jedes andere neue Wirtschaftssystem stützen sollte: "Postulat Nummer eins: Die Wirtschaft soll den Menschen dienen und nicht die Menschen der Wirtschaft. Nummer zwei: Entwicklung bezieht sich auf den Menschen und das Leben, nicht auf Objekte. Nummer drei: Wachstum ist nicht dasselbe wie Entwicklung und Entwicklung braucht nicht unbedingt Wachstum. Nummer vier: Keine Wirtschaft kann ohne Ökosysteme existieren. Nummer fünf: Wirtschaft ist eine Untersystem eines größeren, endlichen Systems, der Biosphäre. Daher ist ein permanentes Wachstum nicht möglich."

"Das unverzichtbare Werteprinzip, dass einer neuen Ökonomie zugrunde liegen soll, lautet, dass die Wertschätzung des Lebens niemals und unter gar keinen Umständen hinter wirtschaftlichen Interessen zurückstehen darf. Wenn man diese Punkte einmal durchgeht, wird man feststellen, dass das, was wir heute haben - nämlich eine neoliberale Wirtschaft - das genaue Gegenteil ist. Wir befinden uns in einer Extremsituation: Heute zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es mehr Sklaven als im 19. Jahrhundert vor dem Verbot der Sklaverei. Und ich spreche nicht von Sklaven als Metapher, sondern im tatsächlichen Sinn des Wortes: 60 Prozent der Sklav*innen sind Kinder und der Rest überwiegend Frauen."

URL des Artikels:
https://www.npla.de/poonal/max-neef-das-neoliberale-wirtschaftsmodell-toetet-mehr-menschen-als-alle-armeen-der-welt/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

Quelle:
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtsch/pwmg0078.html

SCHACH - SPHINX

Einfälle wie ein Wasserfall

(SB) - Auf jeder Weltmeisterschaft zeichnen sich bestimmte Partien vor anderen aus, weil in ihren taktische oder strategische Elemente mit besonderem Reinheitsgehalt zum Vorschein kommen, wie bei einem geschliffenen Diamanten etwa. Es müssen nicht die opferreichsten Partien sein, auch können sie durchaus Fehler besitzen, nicht selten werden Ideen gerade dadurch am schärfsten herausgearbeitet. Was ihre Schönheit ausmacht, ist das strenge Befolgen einer Linie, die sich früh abzeichnet und dann im wesentlichen das Geschehen auf dem Brett lenkt. Das heutige Rätsel der Sphinx möchte in diesem Sinne an eine Glanzpartie aus dem Zweikampf von 1935 zwischen Alexander Aljechin und seinem holländischen Herausfor-

derer Max Euwe erinnern, die der Russe mit den schwarzen Steinen gewann. Aljechin, der seinerzeit in Amsterdam seine erste und einzige WM-Niederlage erlitt - zwei Jahre später holte er sich den Titel dann wieder -, hatte im Wettkampf etliche Höhen und Tiefen. Hier jedoch schwang er sich zu seiner alten Gedankenkraft auf und ließ seine Einfälle von oben herabregnen wie ein Wasserfall. Euwe hatte zuletzt 1.Le5-c3? gespielt, statt dessen wäre mit 1.Le5-b2! Da4-e4 2.Kc1-d1 Lh6xd2 3.Tc2xd2 g6-g5 zäher Widerstand möglich gewesen. Nun, Wanderer, wie konnte Aljechin den Fehler nutzen, um nach seinem nächsten Zug bei jeder beliebigen Antwort des Anziehenden Materialgewinn zu forcieren?

Euwe - Aljechin
WM 1935

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Es ist wahr, daß Alexander Aljechin mit 1...Dd7-d5+! 2.Kg2-h3 g7xf6 3.g5xf6 Dd5-e6+ 4.Kh3-g2 - 4.Df4-g4+ De6xg4 5.Kh3xg4 Tf8xf6 6.Lc1xd2 Tf6xf1 7.Ld2xb4 Kg8-f7 - 4...Tf8xf6 5.Df4-b8+ Kg8-g7 ungleich bequemer gewinnen konnte, es ist aber ebenso wahr, daß er mit dieser Partie einen hellfunkelnden Stern am Schachhimmel aufhängte.

POLITIK / REDAKTION / NAHOST

Syrien - Es droht den USA die Blamage ...

(SB) 5. November 2018 - In Syrien stehen nach siebeneinhalb Jahren Bürgerkrieg mehr als 60 Prozent des Staatsgebiets, vor allem die Region mit den Metropolen Damaskus und Aleppo, die im Süden an Jordanien und im Westen an Israel, den Libanon und das Mittelmeer grenzt, unter der militärischen Kontrolle der Syrischen Arabischen Armee (SAA). Zurückerobert werden müssen noch die nördliche Provinz Idlib, wo Rußland und die Türkei mit islamistischen Gruppen eine (instabile) Feuerpause vereinbart haben, der Norden der Provinzen Rakka und Al Hasaka entlang der Grenze zur Türkei, wo sich die syrischen Kurden weitreichend autonom gemacht haben, und der Osten Deir ez-Zors, der an den Irak grenzt und wohin sich Tausende Kämpfer der "Terrormiliz" Islamischer Staat (IS) nach dem Fall ihrer "Hauptstadt" Rakka im vergangenen Jahr offenbar zurückgezogen haben. Nicht zu vergessen ist das strategisch wichtige Gebiet Al Tanf, das in der Provinz Homs am Länderdreieck Syrien-Irak-Jordanien liegt und von mehreren hundert US-Marineinfanteristen besetzt gehalten wird, wodurch die Straßenverbindung und damit der reguläre Handelsverkehr zwischen Damaskus und Bagdad weiterhin unterbrochen ist.

2014 - nach drei Jahren heimlicher Rüstungshilfe der CIA für die "gemäßigten" Rebellen - haben die US-Streitkräfte mit der Begründung des "Antiterrorkampfs" gegen IS erstmals militärisch direkt in den Syrienkrieg eingegriffen. Doch das eigentlich Ziel der USA in dem syrischen Konflikt war und ist bis heute der "Regimewechsel" in Damaskus und die "Zurückdrängung" des iranischen Einflusses sowohl in Syrien als auch im Irak. Deswegen verschleppen die Amerikaner den Kampf gegen IS seit Monaten, während führende Vertreter der Regierung Donald Trumps in Washington und des Pentagons in Virginia insistieren, daß erst dann die US-Militärpräsenz in Syrien aufgelöst werde, wenn sich die iranischen Soldaten und Milizionäre, welche seit Jahren die SAA im Kampf gegen IS, Al Nusra, Ahrar Al Scham und all die anderen unterstützen, nach Hause zurückgekehrt seien und in Damaskus eine "demokratische", heißt dem Westen gegenüber hörige Regierung an der Macht sei. Für Bagdad und Damaskus sind das inakzeptable Forderungen.

Vor dem Hintergrund des von Präsident Donald Trump verfügten, einseitigen Austritts der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran und der Wiederverhängung der von Barack Obama 2015 aufgehobenen Finanz- und Wirtschaftssanktionen am 5. November gewinnt das Ringen zwischen Washington und Teheran an Schärfe. Dies bekommen die Menschen in Syrien und im Irak unmittelbar zu spüren. Auf der diesjährigen internationalen Sicherheitskonferenz in der bahrainischen Hauptstadt Manama Ende Oktober verlangte Trumps Sonderbotschafter bei der Anti-IS-Koalition, Brett McGurk,

den Abzug aller vom Iran unterstützten Milizen aus Syrien und rief die Iraker dazu auf, die "eigenen Interessen und die eigene Souveränität zu stärken". Letzter Teil des Appells McGurks war natürlich gegen die Zusammenarbeit der beiden Nachbarländer Iran und Irak gerichtet.

Über die ungebetene Einmischung der Amerikaner in die Außenpolitik ihres Landes haben sich die Iraker erst entrüstet, nachdem am 4. November per Twitter die US-Botschaft in Bagdad den Iran dazu aufforderte, "die Souveränität der irakischen Regierung zu respektieren und die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegrierung" jener schiitischen Milizen, die seit 2014 neben den staatlichen Streitkräften gegen die Kalifatsanhänger vom IS kämpfen, in die Wege zu leiten. Außenamtssprecher Ahmed Mahdschub erklärte, die Twitter-Meldung sei "respektlos" und verletzte "diplomatische Normen". Schließlich hat vor vier Jahren nicht das "Mullah-Regime" in Teheran, sondern die höchste geistliche Autorität des Iraks, Großajatollah Ali Sistani, alle wehrfähigen Männer an die Waffen gerufen, um den damaligen Sturm des IS auf Bagdad zu stoppen, woraus dann die Volksmobilisierungskräfte entstanden sind.

Diese haben sich im Irak inzwischen zu einem politischen Machtfaktor entwickelt. Bei den irakischen Parlamentswahlen, die im vergangenen Mai stattfanden, hat die aus den Volksmobilisierungskräften entstandene Allianz Al Fatah (Eroberer) gleich den zweiten Platz hinter dem Al-Ahrar-Bündnis des einstigen schiitischen "Radikalpredigers" Muktada Al Sadr mit den irakischen Kommunisten erobert und die Gruppierung Nasr Al Irak (Irakischen Sieg) um den bisherigen Premierminister Haider Al Abadis auf Rang drei verwiesen. Eine Folge der Wahlniederlage des als pro-westlich geltenden Abadis ist, daß der von ihm noch im August als Leiter der Volksmobilisierungskräfte entlassene Falih Alfajjad nun Innenminister in der neuen Koalitionsregierung um Ex-Finanzminister Adil Abdel Mahdi wird.

Anfang November zeigte sich bereits die neugefundene "Souveränität" Bagdads, als die Mahdi-Regierung 8000 Soldaten und 20.000 Mitglieder der Volksmobilisierungskräfte in die Provinz Anbar schickte, damit sie grenzübergreifend nach Deir ez-Zor hinein den Syrischen Demokratischen Kräften im Kampf gegen IS Schützenhilfe leisten. Seit Monaten versuchen die SDF, die der türkisch-kurdischen PKK nahesteht, vergeblich, das letzte Rückzugsgebiet des IS um die Stadt Hadschin zu erobern. Die SDF-Offensive wird durch Sandstürme sowie hin und wieder durch "freundliches" Feuer der eigenen Alliierten von der amerikanischen und kanadischen Luftwaffe behindert. Bei vielen Menschen im Irak und in Syrien verfestigt sich angesichts der Vorgänge in Deir ez-Zor der schon lange gärende Verdacht, daß die USA den Kampf gegen IS lediglich als Vorwand benutzen, um sich militärisch langfristig im ölreichen irakisch-syrischen Grenzgebiet festzusetzen und den Regierungen in Damaskus und Bagdad diktieren zu können, wie sie ihre Länder zu verwalten haben.

Am 31. Oktober berichtete die türkische Zeitung Yeni Safak, sie sei im Besitz von Dokumenten, welche den schon lange vermuteten Waffentransfer von den Amerikaner zum IS belegten. Laut Yeni Afak hätten besagte Waffenlieferungen den IS zu seinen jüngsten Vorstößen in Homs und Deir ez-Zor verholfen. Am 2. November veröffentlichte die Onlinezeitung Middle East Eye eine erhellende Reportage ihres Korrespondenten Tom Westcott, der vor kurzem in der irakischen Provinz Anbar gewesen ist und dort mit zahlreichen Soldaten und Milizionären gesprochen hat.

Diese Leute machten erstaunliche Angaben. Mit Blick auf den US-Militärstützpunkt bei Al Qaim zitiert Westcott zum Beispiel Ahmed Nasrallah, den Stellvertretenden Oberkommandierenden der Volksmobilisierungskräfte im westlichen Irak, wie folgt: "Die Amerikaner sehen alles, darunter auch die IS-Aktivitäten in diesem Gebiet, doch sie tun nichts, außer uns anzugreifen und uns Schwierigkeiten zu bereiten. Die USA wollen die irakischen Sicherheitskräfte in der Wüstenregion nicht haben." Ähnlich lautet die von Westcott wiedergegebene Einschätzung eines nicht namentlich genannten Kommandeurs der schiitischen Brigade Ahl Al Hak: "Die anhaltende Präsenz der amerikanischen Streitkräfte in Anbar dient nicht der Bekämpfung von IS, sondern dem Versuch, den schiitischen Bogen, der sich von Bahrain bis zum Libanon erstreckt, zu zerschlagen. Die Amerikaner wollen diese Gegend nicht aufgeben." Das ist wohl wahr. Sie werden sie jedoch vielleicht aufgeben müssen.

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1636.html

POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

Flucht - Tendenz Lager ...

Für die nächsten Monate ist das Wichtigste Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung. Was wir nicht mitmachen, ist irgendeine Form von Lager.
Angela Merkel Anfang Februar 2017 im Unionsfraktionsvorstand [1]

(SB) 5. November 2018 - Wollte man von Kernkompetenzen deutscher Staatsräson sprechen, so wären insbesondere Verwaltung und Logistik nicht zuletzt beim Sortieren und Aussortieren, Einschließen und Zurichten von Menschen zu nennen. Dazu gehört zwangsläufig auch die Lagerhaltung. Diese wiederum darf aufgrund der deutschen Geschichte (noch) nicht als solche bezeichnet werden, um nicht Widerstand auf den Plan zu rufen, bevor das Akzeptanzmanagement Zug um Zug den Boden bereitet hat. Man spricht beispielsweise von Ankerzentren, was die Kanzlerin im eingangs zitierten Spagat von Bestätigung und Dementi gängig macht. In einer Generaldebatte im Bundestag vom Mai 2018 bezeichnete Merkel die geplanten Zentren als sinnvoll und praxisorientiert, wie sie auch die Einhaltung des Koalitionsvertrags anmahnte. [2] Als Pilotprojekt sollen die Ankerzentren der Errichtung von Lagern in Deutschland zur Durchsetzung verhelfen, wobei die repressive Innenpolitik bei einer Bevölkerungsgruppe wie den geflohenen Menschen ansetzt, die sich leichter als andere bezichtigen, ausgrenzen und sanktionieren läßt. Das ist jedoch nur der Anfang. Gelingt es nicht, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, werden weitere Lager zur Verwahrung sogenannter überflüssiger, delinquenter oder widerständiger Personenkreise als Mittel der Wahl folgen, wenn es größere Mengen an Menschen ohne Gerichtsurteil einzusperren gilt.

Bislang folgt die Bundesregierung vor allem der Maxime, die Lager in die europäische Peripherie oder noch besser nach Afrika und in den Nahen Osten auszulagern. So wurde Griechenland nach der Schließung der Balkanroute im Rahmen des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei dazu verpflichtet, alle eingereisten Flüchtlinge im Land unterzubringen, bis ihre Asylansprüche geklärt sind. Die Flüchtlinge auf den Inseln sollen im Prinzip in die Türkei zurückgeführt werden, die EU-Staaten wollten Griechenland Zehntausende Flüchtlinge abnehmen, und es wurde genügend Personal zugesagt, um die Asylanträge zügig zu bearbeiten. Die Realität sieht anders aus. Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge ist in andere EU-Staaten weitergereist, noch weniger wurden in die Türkei gebracht, mangels Personals kommt die Bearbeitung der Asylanträge kaum voran. Die Kapazität der sogenannten Hotspots auf den Inseln reicht bei weitem nicht aus, so daß die Lager mehrfach überbelegt sind.

Die Lage der Flüchtlinge auf den Inseln ist lebensgefährlich, entwürdigend und verzweifelt. Daß das seit Jahren krisengeschüttelte Griechenland diese Probleme unmöglich aus eigenen Kräften zu lösen imstande ist, liegt auf der Hand. Wenngleich man die Frage aufwerfen kann, warum die Syriza-Regierung der Flüchtlingsvereinbarung mit der EU zugestimmt hat, wird die naheliegende Antwort doch von der gewaltigen Bürde der Unterwerfung unter das Regie der Gläubiger des Landes überschattet. Zugleich schreckt die EU nicht im mindesten davor zurück, Flüchtlinge in die Türkei zurückzuschicken oder dort festhalten zu lassen, obgleich das Erdogan-Regime diktatorische Züge annimmt und die Repression unablässig verschärft.

Menschen in Lager zu stecken und in Lebensgefahr zu bringen ist kein Versagen der EU. Es ist nicht nur ein gebilligter Kollateralschaden, sondern gezielt eingesetzte Abschreckungs- und Abschottungspolitik, deren Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern sich mit administrativer Grausamkeit paart. Im Kontext des Abkommens zwischen der EU und der Türkei, mit dem die Westeuropäer die Flüchtlinge an dieser Flanke gewaltsam fernhalten, ist für Griechenland die Rolle einer Pufferzone vorgesehen, in der die zwangsläufigen Unwuchten des Systems ausschwingen und ausschlagen sollen - zu La-

sten der Griechinnen und Griechen, die nichts zu sagen, sondern nur zu tragen haben, und um so mehr der Flüchtlinge.

In einem Lagebericht vom Januar 2017 hatten deutsche Diplomaten "KZ-ähnliche Zustände" mit allen erdenklichen Torturen bis hin zu regelmäßigen Erschießungen von Flüchtlingen in von Schlepperbanden betriebenen libyschen Lagern angeprangert. Seither haben zahlreiche Berichte verschiedener Hilfsorganisationen die extrem schlechten Bedingungen in verschiedenen Flüchtlingslagern bestätigt. Von Oxfam befragte Flüchtlinge, die in Sizilien angekommen waren, berichteten von Schreckensszenarien und menschenunwürdigen Bedingungen. Schmuggler, Menschenhändler, Milizen und kriminelle Banden sähen in den Migranten bares Geld, Folter, Gewalt, sexueller Mißbrauch und selbst Morde stünden in den Lagern auf der Tagesordnung. Insofern die Europäische Union darauf setzt, daß Menschen Libyen nicht verlassen können, ist sie unmittelbar dafür verantwortlich, daß Männer, Frauen und Kinder mißbraucht, ausgebeutet und umgebracht werden.

Laut der Genfer Flüchtlingskonvention darf kein Vertragsstaat einen Flüchtling in Gebiete zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit bedroht werden. Nähmen die Regierungen der EU das humanitäre Völkerrecht ernst, dürften angesichts der weithin bekannten Zustände in den libyschen Lagern keine Menschen dorthin gebracht werden. Dabei stehen führende europäische Mächte in einer zweifachen Verantwortung, da sie mit dem Angriffskrieg gegen Libyen im Jahr 2011 maßgeblich dazu beigetragen haben, das Land zu verwüsten und einander bekämpfenden Fraktionen zu überantworten. Die italienische Marine entsendet Kriegsschife in libysche Hoheitsgewässer, um die Küstenwache zu unterstützen. Dabei steht diese im Ruf, Menschen unter Gewalt und Folter festzuhalten und zur Zwangsarbeit zu zwingen oder sie solchen Verhältnissen auszuliefern.

Der allenthalben ins Feld geführte Vorwand, man wolle den Menschenhändlern im Mittelmeer und in Nordafrika das Handwerk legen, fällt auf fatale Weise auf die Regierungen der EU zurück. Der Menschenhandel in allen erdenklichen Formen ist zu einem maßgeblichen Gewerbe im kriegszerstörten Libyen geworden. Dessen ungeachtet bringt die von der EU ausgebildete und ausgerüstete libysche Küstenwache zahlreiche Menschen aus den Hoheitsgewässern zurück ins Land, und die italienische Marine baut mit Schiffen und Flugzeugen dieses Abfangnetz massiv aus, wie auch die Küstenwache mit technischen und logistischen Hilfsmitteln unterstützt wird.

Berüchtigt ist auch die australische Flüchtlingsabwehr, die geflohene Menschen aus Sri Lanka, Afghanistan oder dem Mittleren Osten, die das Land erreichen wollen und dabei abgegriffen werden, in Auffanglagern auf mehreren pazifischen Inseln interniert. Niemand aus diesen Lagern darf je australischen Boden betreten, selbst anerkannte Asylbewerber werden in Drittländern angesiedelt. Die UNO wirf Australien seit Jahren vor, in den Lagern in Nauru und auf der Insel Manus, die zu Papua-Neuguinea gehört, gegen die Antifolterkonvention zu verstoßen. Sie fordert eine Schließung der Camps, die Rede ist von einem Freiluftgefängnis und von Folter. Veröffentlichte Berichte, in denen Mitarbeiter des Flüchtlingslagers auf Nauru die skandalösen Zustände beschreiben, dokumentieren sexuellen Mißbrauch und Gewalt gegen Kinder, Vergewaltigungen von Frauen, Selbstmorde und desolate hygienische Zustände. Der UNO-Berichterstatter für die Menschenrechte von Migranten, Francois Crépeau, bezeichnete die Abfertigung der Asylsuchenden als grausam, inhuman und menschenunwürdig. Minderjährige Flüchtlinge wiesen Symptome von posttraumatischer Belastungsstörung, Angstzuständen und Depression auf. Kinder litten an Schlafstörungen und Alpträumen. Australien sei verantwortlich für die Schäden, die diese Menschen durch die ungewollte Gefangenschaft erleiden. Es sei ein fundamentales Prinzip der Menschenrechte, daß eine Person nicht bestraft werden darf, um andere abzuschrecken.

Auch in den USA hat die Errichtung von Lagern längst das Stadium konkreter Umsetzung erreicht. Präsident Trump hat das Militär angewiesen, ein Netzwerk von Lagern für die Unterbringung verhafteter Migrantinnen und Migranten zu errichten. Er spricht von großen Zeltstädten, in denen man die Eindringlinge festhalten werde. Das Ingenieurcorps der Armee habe erstklassige Arbeit geleistet, da riesige Einrichtungen erforderlich seien. Trump bezeichnet die Zuwanderung als "Invasion" und weist die Einwan-

derungsbehörden an, alle beim Grenzübertritt verhafteten Immigranten auf unbestimmte Zeit in Haft zu halten, während sie bislang für die Dauer ihrer Verfahren freigelassen wurden. Der US-Präsident will zudem das Recht aller auf amerikanischem Boden geborenen Kinder auf die amerikanische Staatsbürgerschaft abschaffen und 15.000 Soldaten an die Grenze zu Mexiko entsenden. Sollten Teilnehmer der Flüchtlingskarawane die Soldaten mit Steinen bewerfen, werde man dies als Schußwaffe einstufen und entsprechend reagieren. [3]

Diesen Schlaglichtern ließen sich zahlreiche weitere Beispiele hinzufügen. Im Kontext des Generalangriffs auf Flüchtlinge, den die westlichen Staaten führen, um sich die Folgen ihrer ökonomischen und militärischen Expansion und Aggression vom Leib zu halten, nimmt die Errichtung von Lagern den Rang einer zentralen Komponente ein. Das gilt auch für Deutschland, von dessen Boden nicht nur längst wieder Krieg ausgeht, sondern ebenso die Handlungsmaxime, Menschen in Lager zu sperren. Die angesichts der finsteren deutschen Historie vielbemühte Aufforderung, aus der Geschichte zu lernen, lassen sich die Sachwalter administrativer Verfügung über Menschenleben nicht zweimal sagen.

Anmerkungen:

[1] http://www.shz.de/deutschland-welt/politik/de-maiziere-fordert-gemeinsame-kraftanstrengung-bei-abschiebungen-id16061786.html

[2] www.sueddeutsche.de/politik/bundeslaender-viel-gegenwind-fuer-seehofers-geplante-asylzentren-1.3982551

[3] www.wsws.org/de/articles/2018/11/03/immi-n03.html

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1623.html

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasiliens zukünftiger Wirtschaftsminister ist ein Chicago-Boy

(Sao Paulo, 30. Oktober 2018, Brasil de Fato) - Am 1. Januar 2019 beginnt die Amtszeit des zukünftigen Präsidenten Jair Bolsonaro. Sein zukünftiger Wirtschaftsminister Paulo Guedes kündigte bereits einen Wirtschaftsplan an, der darauf abzielt, "die Ausgaben zu kontrollieren". Dazu gehören eine Rentenreform, die Beschleunigung von Privatisierungen und die Verschlankung des Staatsapparats. Die Beziehungen zum gemeinsamen südamerikanischen Markt Mercosur sollen nach Angaben des Liberalen ebenfalls ihre Priorität verlieren.

"Der erste große Punkt ist die Rente. Wir brauchen eine Rentenreform. Der zweite Punkt der Regulierung sind die Ausgaben für Zinsen. Wir werden die Privatisierung beschleunigen, weil es nicht akzeptabel ist, dass Brasilien hundert Milliarden Dollar pro Jahr für den Schuldendienst ausgibt. Brasilien baut jedes Jahr ein Europa auf: Der Marshallplan hat Europa aus der Misere der Nachkriegszeit geholt und Brasilien errichtet dieses Europa jedes Jahr erneut, ohne aus der Misere herauszukommen, also läuft die Politik falsch. Der dritte Punkt ist eine Staatsreform, die die Ausgaben für Verwaltung und Politik einschränken wird. Wir werden Privilegien und Verschwendung reduzieren müssen", sagte Guedes.

Sparen, sparen, sparen und nicht umverteilen

In seinem ersten Interview nach der Wahl kündigte Guedes an, die Wirtschaft "Schritt für Schritt zu öffnen" und "das Haushaltsdefizit in Angriff zu nehmen". Auf die Frage, ob es möglich sei, das Defizit innerhalb eines Jahres zu beseitigen, antwortete er: "Wir werden es versuchen, wir werden es versuchen. Es ist machbar, natürlich ist es machbar". Um einen Wirtschaftsaufschwung zu errei-

chen, will er "Lohnsteuern und -abzüge für Arbeitnehmer beseitigen, um so in zwei, drei Jahren zehn Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen". "Bolsonaros Wirtschaftsguru" bringt das "Brasilien der hohen Kosten" mit der fehlenden "Rechtssicherheit" in Zusammenhang. Er versprach, "angemessen zu regulieren und einen rechtlichen Rahmen im Bereich der Infrastruktur zu schaffen, denn Brasilien braucht Investitionen in die Infrastruktur".

"Wir werden keine Gefangenen ideologischer Beziehungen sein. Wir werden Handel betreiben, Handel."

Guedes sagte mit Bezug auf Mercosur, Brasilien sei "Gefangener ideologischer Allianzen" gewesen: "Die Entstehung des Mercosur war absolut ideologisch. Das ist ein kognitives Gefängnis, aber nicht mehr mit uns. Das soll heißen, dass generell nur mit Leuten Verhandlungen eingegangen werden, die bolivarische Neigungen haben. Wir werden uns von niemandem abwenden, wir werden keine Bündnisse aufkündigen", sagte er. Er bekräftigte außerdem Brasiliens Rolle im Welthandel. "Es werden weitere Länder dazukommen, wir werden keine Gefangenen ideologischer Beziehungen sein. Wir werden Handel betreiben, Handel. Mercosur ist eine Allianz von ein paar Ländern hier. Aber was, wenn ich mit anderen Ländern der Welt handeln will, können wir das?", stellte Guedes infrage.

URL des Artikels:
https://www.npla.de/poonal/brasiliens-zukuenftiger-wirtschaftsminister-ist-ein-chicago-boy/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

Quelle:
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1829.html

RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Recht auf Zustimmung oder Vetorecht - Der Streit um ein Konsultationsgesetz in Honduras

von Jutta Blume

(Berlin, 25. Oktober 2018, npl) - In Honduras werden indigene Gemeinschaften meistens nicht gebührend in Entscheidungsprozesse über Projekte auf ihren Territorien eingebunden. Der honduranische Staat will diese Prozesse mit einem neuen Konsultationsgesetz regeln. Allerdings fühlen sich indigene Gemeinschaften von den bislang kursierenden Gesetzentwürfen eher bedroht als gestärkt.

Kraftwerk ohne Zustimmung

Seit Juli wird an der Karibikküste zwischen den Garífuna-Gemeinden Sambo Creek und Corozal ein Schwerölkraftwerk gebaut, ohne Zustimmung der indigenen Anlieger*innen. Erst nachdem die Umweltlizenz schon vergeben und die ersten Arbeiten begonnen hatten, wurde eine Art Bürger*innenbeteiligung inszeniert. Für Aurelia Arzú von der Garífuna-Organisation OFRANEH (Organisazión Fraternal Negra Hondureña) ist dies ein typisches Beispiel dafür, wie der Staat mit dem Konsultationsrecht für Indigene umgeht. "Wirkliche Konsultationen - also Befragungen im Vorfeld von Entscheidungen - hat es bisher für kein Projekt gegeben, das auf dem Gebiet der Garífuna realisiert wurde. Sie eignen sich unsere Ländereien mit Hilfe von Drohungen an. So wie in Corozal

oder Sambo Creek, wo ein Kraftwerk gebaut wird, trotz unserer Proteste und unseres Widerstands", erklärt die Vize-Koordinatorin von OFRANEH. Da mächtige Gruppen an dem Kraftwerksbau interessiert seien, würden die Garífuna nicht befragt und somit ihre Rechte verletzt. Das Recht auf vorherige, freie und informierte Zustimmung garantiert ihnen die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Honduras hat die Konvention im Jahr 1995 ratifiziert.

ILO-Konvention 169 wird missachtet

Die Garífuna sind Nachfahren von Arawak-Indigenen und von versklavten Menschen, die aus Afrika verschleppt wurden. Seit 220 Jahren bewohnen sie die Atlantikküste zwischen Nicaragua und Belize. In Honduras gibt es sieben Gemeinden entlang der Küste. Dort versuchen Tourismus-, Bergbau oder Energieunternehmen rücksichtslos ihre Interessen durchzusetzen. Unermüdlich protestieren die Afroindigenen gegen ihre Vertreibung. Im Fall von Vertreibungen von ihren angestammten Territorien in den Gemeinden Triunfo de la Cruz und Punta Piedra haben sie vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte Recht bekommen. Doch ohne jegliche Konsequenzen. Der honduranische Staat ignoriert die Entscheidungen internationaler Gerichte.

Seit 2015 versucht der honduranische Staat hingegen, die ILO-Konvention 169 in nationale Gesetzgebung zu überführen. Der Text ist in Arbeit, aber noch nicht vom Parlament verabschiedet worden. Arzú befürchtet allerdings, dass das Konsultationsgesetz vor allem dazu dienen wird, die Rechte der Indigenen auszuhebeln. Es würde den bisherigen legitimen Protest für den Erhalt der Naturgüter unterbinden, glaubt Arzú: "Wir würden in Honduras quasi ohne Rechte dastehen. Daher ist unsere Organisation strikt dagegen. Wir werden nicht aufhören gegen dieses Vorhaben zu protestieren. Denn wir haben sehr wohl das Recht, hier in Würde zu leben."

Der Streit ums Veto

Honduras ist nicht das einzige Land, in dem ein Konsultationsgesetz in Arbeit ist. Hauptstreitpunkt in Honduras wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern ist die Frage, ob die Konvention 169 ein Vetorecht für die betroffenen Gruppen beinhalten soll oder nicht. Für den guatemaltekischen Juristen Miguel Urbina ist Text der ILO an dieser Stelle sehr deutlich formuliert: "Der Artikel 6 Absatz 2 besagt ganz klar, dass das Ziel der Konsultation darin besteht, zu einer Einigung oder Zustimmung zu gelangen. Wenn keine Einigung erzielt wird, wenn es keine Zustimmung gibt, ist jede weitere Entscheidung des Staates über die Nutzung der natürlichen Ressourcen illegal."

Der honduranische Gesetzesentwurf sieht das ganz anders. Hier heißt es in Artikel 2, dass die Konsultation kein Vetorecht impliziere. Indigene Organisationen, wie die der Garífuna (OFRANEH) und der Indigenenrat COPINH verweigern eine Mitarbeit bei dem Gesetzgebungsprozess, da sie grundsätzlich anderer Auffassung sind als die Regierung. Zudem sind Mitglieder der Organisationen von permanenten Menschenrechtsverletzungen betroffen und der Staat tut nichts, um sie zu schützen. Es herrscht absolut kein Vertrauen, um mit ihm über ein Konsultationsgesetz zu verhandeln.

Auch die Frage, wie mit den indigenen Gemeinschaften zusammen ein Gesetz erarbeitet werden kann, erfordert große Sensibilität. Der Jurist Urbina erklärt: "Die Konvention 169 legt fest, dass auch der Ablauf der Konsultation mit den indigenen Gruppen besprochen werden muss. Doch die Staaten machen ihre Gesetze im Alleingang - natürlich im eigenen Interesse." Was eigentlich ein Zusammenspiel von staatlichen Akteur*innen und den betroffenen Gemeinden oder Gruppen sein sollte, wird von den Vorgaben und Interessen der Regierungen dominiert .

Bedingung für die Mittelvergabe

Auffällig ist, dass aktuell immer mehr Länder versuchen, die ILO-Konvention in nationales Recht zu überführen oder dies bereits getan haben, etwa Peru, Ecuador, Mexiko, Guatemala oder Honduras. Viele Länder haben die Konvention vor über 20 Jahren ratifiziert und zuvor keine Notwendigkeit einer nationalen Gesetzgebung gesehen. Die Konsultation der Betroffenen finde in immer mehr internationalen Standards Aufnahme, erklärt Ricarda Flemmer, die am GIGA-Institut in

Hamburg zu Konsultationsprozessen in Lateinamerika forscht. Die Konsultationsrechte und auch das Recht auf vorherige Zustimmung in den Standards der UN, spiegele sich heute in den Weltbankstandards und in Entwicklungsprojekten. Damit wird die Konsultation auch zur Bedingung für die Mittelvergabe. "Auf der Kehrseite haben die indigenen Organisationen, die dieses Recht ja schon lange einfordern, selber angefangen, Konsultationsprozesse zu implementieren", sagt Flemmer. So wurden etwa in indigenen Gemeinden in Guatemala Referenden über Bergbau - ja oder nein - abgehalten. Der Staat wolle den Prozess daher wieder reglementieren, so Flemmer.

Juristisch unnötig

Für Miguel Urbina sind die Gesetzesinitiativen ein Versuch von Wirtschaft und Politik, die Konvention neu auszulegen. Das Infragestellen des geltenden Rechts würde auch dazu führen, dass das Gewaltniveau hoch bliebe. Aus juristischer Perspektive seien die Initiativen überflüssig: "Die Reichweite der Konvention 169 ist sehr klar, daher bedarf es keiner weiteren legislativen Projekte", sagt Urbina.

Der weitere Verlauf des Gesetzgebungsprozesses in Honduras ist derweil unklar, denn wie üblich herrscht Intransparenz. Wann mit einem Konsultationsgesetz zu rechnen ist, und wie der endgültige Inhalt aussehen wird, können die Indigenen-Organisationen nicht sagen.

Radiobeitrag zu diesem Artikel:
https://www.npla.de/podcast/recht-auf-zustimmung-oder-vetorecht-der-streit-um-ein-konsultationsgesetz-in-honduras/

URL des Artikels:
https://www.npla.de/poonal/honduras-sie-eignen-sich-unsere-laendereien-mit-hilfe-von-drohungen-an/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

Quelle:
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00248.html

UMWELT / BRENNPUNKT / GEFAHR

Brandsatz Fukushima
Grafik: © 2013 by Schattenblick

Brandsatz Fukushima -

Soziale Manipulation und Gefährdungsverblendung ...

(SB) 5. November 2018 - Der japanischen Regierung ist es gelungen, die kritische Berichterstattung über die Havarie des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi weitgehend aus den Medien herauszuhalten. In der im Nordosten des Landes gelegenen Anlage waren am 11. März 2011 nach einem Erdbeben und anschließendem Tsunami vier von sechs Kernreaktoren zerstört worden, Kernschmelzen setzten ein. In den nächsten Stunden ereigneten sich in drei dieser Anlagen Wasserstoffexplosionen, im vierten Meiler fingen die Brennstäbe in einem leck geschlagenen Abklingbecken Feuer. Seitdem strömten den offiziellen Angaben zufolge täglich 400 Tonnen teils hochradioaktives Wasser ungefiltert ins Meer. Trotz diverser Schutzmaßnahmen (Eiswall rund um das havarierte Akw, Grundwasser-Bypass von oberhalb der Anlage zum Meer, Stahlspundwand am

Hafenbecken) sind es noch immer 150 Tonnen täglich. Das ist keine Kleinigkeit.

Zum einen handelt es sich um Grundwasser, das von den Bergen kommend in die zerrütteten Fundamente der Meiler eindringt, Radionuklide aufnimmt und weiter unterirdisch ins nahegelegene Meer fließt. Zum anderen müssen die havarierten Meiler ständig mit Wasser gekühlt werden. Nur ein Teil des Lösch- und Grundwassers wird abgefangen, durch die Dekontaminationsanlage ALPS geschickt und in Tanks auf dem Gelände gelagert.

Darüber hinaus wurden weite Landstriche auf dem Luftweg verstrahlt. Japan hatte gewaltiges Glück gehabt, daß der Wind die radioaktiven Wolken, die sich vor allem in den ersten Tagen nach Beginn der Katastrophe bildeten, nur kurze Zeit in Richtung Tokio geweht, dann aber gedreht und die Strahlenpartikel in Richtung Meer befördert hat. Dessen ungeachtet mußte die Regierung eine Sperrzone rund um das Akw Fukushima Daiichi von zunächst 20 Kilometer einrichten. Sie wurde dann auf 30 Kilometer erweitert. Wobei sich die Strahlung nicht an die mit dem Zirkel gezogene Evakuierungszone gehalten hat.

Weite Gebiete außerhalb der Sperrzone wurden ebenfalls verstrahlt. Wer dort gewohnt hat, hat möglicherweise Pech gehabt, denn im Gegensatz zu den aufgrund behördlicher Anordnung evakuierten Menschen, kamen die "freiwillig" Evakuierten nicht in den gleichen Genuß entsprechender staatlicher Kompensationszahlungen. Sie erhielten, wenn überhaupt, eine geringere Entschädigung. Diese Zahlungen wurden im März 2017 eingestellt.

Inzwischen übt die Regierung massiven Druck auf die Evakuierten aus, wieder in ihre mutmaßlich dekontaminierte Heimat zurückzukehren. Die Evakuierungsanordnung wurde für einige Gebiete innerhalb der Sperrzone aufgehoben. Angeblich ist dort die Strahlung so weit abgeklungen, daß sie unterhalb der Grenzwerte liegt. Das erweist sich jedoch weitgehend als Wunschdenken.

Erst vor kurzem hat der UN-Sonderberichterstatter für gefährliche Stoffe und Abfälle, Baskut Tuncak, in einem Bericht an die UN-Generalversammlung in New York die japanische Regierung aufgefordert, die Rückkehr von Kindern und Frauen im gebärfähigen Alter in jene Gebiete zu stoppen, die höher verstrahlt sind als die Grenzwerte es zuließen, die vor der Fukushima-Havarie in Japan gegolten haben. Es sei äußerst besorgniserregend, daß die Regierung die Grenzwerte der radioaktiven Belastung um das 20fache von zuvor 1 Millisievert pro Jahr (1 mSv/a) auf 20 mSv/a angehoben hat, schreibt Baskut Tuncak und sagt: "Es ist enttäuschend zu erleben, daß Japan die Empfehlung des UN-Menschenrechtsüberwachungsmechanismus (UPR) aus dem Jahr 2017, zu dem zurückzukehren, was es vor der Atomkatastrophe für eine akzeptable Strahlendosis angesehen hat, zu ignorieren scheint." [1]

Die Empfehlung war von Deutschland vorgebracht worden und Japan hatte zugestimmt, sie anzunehmen. Doch daraus ist anscheinend nichts geworden. In der Bundesrepublik und anderen EU-Mitgliedsländern gilt ein Grenzwert von 1 mSv/a, wohingegen 20 mSv/a nur für Personen zulässig ist, die von Berufs wegen strahlenexponiert sind.

Der UN-Menschenrechtler sagt, Japan habe die Pflicht, die Kinder zu schützen, denn es habe die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnet und die schreibe vor, daß Kindern der höchstmögliche Schutzstandard zu gewährleisten ist. Die vermeidbare Strahlenexposition müsse auf ein Minimum reduziert werden.

Indem die Regierung Japans die Evakuierungsanordnung Schritt für Schritt, Gebiet für Gebiet aufhebt, erweckt sie den Eindruck, als machten die Dekontaminationsarbeiten Fortschritte oder als klinge die Strahlung mit der Zeit ab. Beides trifft jedoch nur sehr bedingt zu. Erstens werden zuvor dekontaminierte Flächen durch Wind und Wetter erneut verstrahlt, und man kann nicht nach jedem Regenguß abermals die obersten 20 Zentimeter der Erde abtragen. Zweitens werden die ausgedehnten Waldgebiete der Präfektur Fukushima gar nicht erst von Radionukliden befreit. Die Dekontaminationsarbeiten beschränken sich auf die Siedlungsgebiete und die Flächen im Abstand von rund 20 Meter um sie herum sowie einige Verkehrswege. Drittens sind viele der Radionuklide langlebig. Cäsium-137 zum Beispiel hat eine Halbwertszeit von 30 Jahren, Strontium-90 von 28,5 Jahren - auf den physikalischen Effekt des natürlichen Atomzerfalls können die Menschen in Fukushima lange warten.

Selbst die am stärksten verstrahlten Flächen sollen innerhalb der

nächsten fünf Jahre freigegeben werden. Doch bereits im Jahr 2020 finden in Japan die Olympischen Sommerspiele statt. Bis dahin dürfte die japanische Regierung noch einige Anstrengungen unternehmen, um mehr Menschen in die vormalige Evakuierungszone zu nötigen. Denn bisher verläuft die Rückkehr eher harzig, das durch zahlreiche Beispiele genährte Mißtrauen der Menschen gegenüber den Machenschaften von Staat und Nuklearwirtschaft, deren mafiös anmutende Kooperation in Japan als "das Dorf" umschrieben wird, läßt sich mit noch so wohlfeilen Worten nicht aus der Welt schaffen.

Anmerkung:

[1] https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=23772&LangID=E

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/brenn/ubge0039.html

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ... Tips und Veranstaltungen ...

http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html

VERANSTALTUNGEN

Kulturcafé Komm du - Dezember 2018

Zauberhafte Welt der Tiere
Lieder über die Bestie in uns
Folk, Punk und Balkan-Beat

Konzert am Freitag, den 7. Dezember 2018
20:00 bis 22:00 Uhr im Kulturcafé Komm du

Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder
E-Mail: kommdu@gmx.de

Eintritt frei / Hutspende

Das Komm du lädt ein zu einem Konzert am Freitag, den 7.12.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:

Zauberhafte Welt der Tiere - Lieder über die Bestie in uns

Folk, Punk, Balkan-Beat - die Musik von Susanna Koska (Gesang und Akkordeon) und Mirek Matuška (Gitarre) läßt sich in keine Schublade pressen. Mal direkt, mal mit viel Ironie, werden gesellschaftliche und soziale Phänomene aufs Korn genommen. Eines sind ihre deutschsprachigen Texte immer: provokant. Mirek, Sohn des tschechischen Sängers und Schauspielers Waldemar Matuška, spielte in Prag bis Anfang der 1980er Jahre unter anderem in Jazzrock-Formationen und Akustik-Folkbands. Susanna singt seit vielen Jahren in Weltmusik-, Rock- und Country-Bands. "Schräge Schlager, robuste Romantik, humaner Humor" - so bezeichnen die beiden ihre akustische Vision der Welt - hintersinnig, melancholisch und sexy.

Weitere Informationen:

Zauberhafte Welt der Tiere - Homepage
http://www.zauberhafteweltdertiere.de

Zauberhafte Welt der Tiere im TheaterClub in Hamburg Altona, August 2013
http://www.youtube.com/watch?v=g2GWa2wwoAw

Zauberhafte Welt der Tiere - Live in Altona! (25.11.2014)
https://www.youtube.com/watch?v=odcgAAO97JY

Susanna Koska und Mirek Matuška sind das Duo 'Zauberhafte Welt der Tiere'
Foto: © by 'Zauberhafte Welt der Tiere'

Osteuropa-Holzhacker-Folk
Feine und unfeine Lieder

Balkan-Beat? Chanson? Die Musik von Susanna Koska (Gesang und Kwetsche) und Mirek Matuška (Gitarre) lässt sich in kein Fach pressen. Die Texte sind durchzogen von systemrelevantem Humor und lebensnaher Melancholie und nehmen mal direkt, mal ironisch gesellschaftliche und soziale Phänomene provokant aufs Korn. Die "Zauberhafte Welt der Tiere" ist inspiriert von Jaroslav Hasek, Ringelnatz und Johnny Cash... und ist bevölkert von Affen, Winnetou, Schnaps und Zigarettenrauch.

Mirek (an der Gitarre) und Susanna (die singt und ab und zu die Kwetsche spielt) haben beide kein Abitur. Sie entstammen nachweislich alten Dynastien von arbeitslosen Heckenpennern, Musikern und Rumtreibern. Im Oktober 2014 veröffentlichten die Tiere ihr erstes Album "Affenalarm!". Seit 2011 gibt's Auftritte in Norddeutschland, Berlin und Prag - unter anderem auf dem Hafengeburtstag, der "Hoyschrecke" oder der ElbDisharmonie.

Zauberhafte Welt der Tiere - Fragen zum Namen, der Musik und den Liedern

Schräge Schlager, robuste Romantik, humaner Humor - und darum geht's: die Bestie in uns. Zu hören, wie sie liebt, wie sie leidet, wie sie lebt. Wie sie anderen Bestien begegnet, zum Opfer wird, zum Täter. Eben: die "Zauberhafte Welt der Tiere". Die Hauptsprache ist Deutsch. Aber Soundmäßig lässt sich die Herkunft nicht verheimlichen: hier und da klingt's dann auch mal osteuropäisch.

Wie kommt man auf den Namen: Zauberhafte Welt der Tiere?
Benannt haben wir uns nach einer Zeitschrift, bei der der Prager Schriftsteller Jaroslav Hašek angestellt war. Dort gab er u. a. Tipps zur Zucht von Werwölfen und berichtete über einen Floh aus der Urzeit - obwohl es den natürlich nie gegeben hatte.

Musikalische Vorbilder?
Es gibt eine Menge Musiker, die uns inspirieren. Frank Zappa, Johnny Cash, Django Reinhardt... Huch, die sind ja alle tot. Vorbilder sind immer so eine Sache. Es gibt sicherlich viele Menschen, die Bewunderung verdienen. Es geht um Mut, Ehrlichkeit und Authentizität.

Musikalische Ausbildung?
Learning by doing, sag ich mal. Unsere Akademie war wohl vor allem das Auftreten mit unterschiedlichsten Cover-Bands. Da muss man schnell lernen. Und Mirek wollte früher einfach immer besser sein als seine Kumpel - also üben, üben, üben. Susanna hat als Kind mal Akkordeon gespielt. Dann wurde das arme Instrument einfach vergessen. In Prag haben wir dann eine alte, ehrwürdige 'Kwetsche' entdeckt, die so schön war, dass sie schlicht zum Einsatz kommen musste. Und so entstand unser 'Sound'.

Wer schreibt die Lieder?
Wir machen alles zusammen. Hier ist ein Melodie-Fetzen, da ein Rhythmus und ein Wort inspiriert zu einem Satz, zu einem Refrain, zu einem Text. Oder einem von uns geht was auf die Nerven - das muss dann in Worte gefasst und vertont werden. Manchmal sitzen wir im Proberaum und jammen munter drauflos. Schließlich entsteht etwas Greifbares, etwas, was einen nicht mehr loslässt. Dann ist es soweit: Hier ist der Ursprung des neuen Liedes.

Was macht ein gelungenes Lied aus?
Wenn es Menschen berührt. Wenn es wütend, nachdenklich, melancholisch, lebenslustig oder auch tanzen macht. Musik ist Kommunikation. Aus unserer Sicht ist ein gelungenes Stück in Momenten eine andere Lebensform. Man denkt nicht mehr über Fingersatz oder zu singendes Wort nach. Das Stück hat das richtige Eigenleben. Es spielt dich. Und wenn das Gefühl andere Menschen wirklich erreicht, ist das ein gelungenes Lied.

Zauberhafte Welt der Tiere gibt's seit 2010. Auftritte in Norddeutschland, Berlin, Bremen, Prag ... und natürlich im Komm du in Hamburg-Harburg.

Das Kulturcafé Komm du in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische der Küche mit dem Feuer der Künstler und einem Hauch von Nostalgie

Das Komm du in Harburg ist vor allem eines: Ein Ort für Kunst und Künstler. Ob Live Musik, Literatur, Theater oder Tanz, aber auch Pantomime oder Puppentheater - hier haben sie ihren Platz. Nicht zu vergessen die Maler, Fotografen und Objektkünstler - ihnen gehören die Wände des Cafés für regelmäßig wechselnde Ausstellungen.

Britta Barthel gibt mit ihrem Kulturcafé der Kunst eine Bühne und Raum. Mit der eigenen Erfahrung als Künstler und Eindrücken aus einigen Jahren Leben in der Kulturmetropole London im Gepäck, haben sie sich bewusst für den rauen und ungemein liebenswerten Stadtteil Harburg entschieden. Für Künstler und Kulturfreunde, für hungrige und durstige Gäste gibt es im Komm du exzellente Kaffeespezialitäten, täglich wechselnden frischen Mittagstisch, hausgemachten Kuchen, warme Speisen, Salate und viele Leckereien während der Veranstaltungen und vor allem jede Menge Raum und Zeit ...

Das Komm du ist geöffnet:
von Montag bis Freitag
7:30 bis 17:00 Uhr,
Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr
und an Eventabenden open end.

Näheres unter:
http://www.komm-du.de
http://www.facebook.com/KommDu

Kontakt:
Kulturcafé Komm du
Buxtehuder Straße 13
21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de
Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:
Telefon: 04837/90 26 98
E-Mail:
redaktion@schattenblick.de

Das Kulturcafé Komm du lädt ein:
Die aktuellen Monatsprogramme des Kulturcafé Komm du mit Lesungen, Konzerten, Vorträgen, Kleinkunst, Theater und wechselnden Ausstellungen finden Sie im Schattenblick unter:
Schattenblick → Infopool → Bildung und Kultur → Veranstaltungen → Treff

http://www.schattenblick.de/infopool/bildkult/ip_bildkult_veranst_treff.shtml

http://www.schattenblick.de/infopool/musik/veranst/lied1802.html

Foto: © 2013 by Schattenblick

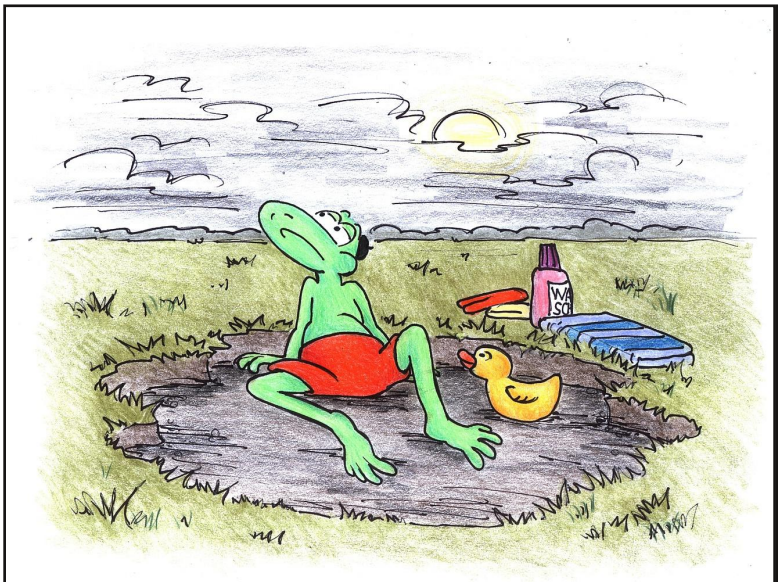
I n h a l t **Ausgabe 2730 / Dienstag, den 6. November 2018**

POLITIK - WIRTSCHAFT	"Das neoliberale Wirtschaftsmodell tötet mehr Menschen als alle Armeen ..." (poonal)	Seite	1
SCHACH-SPHINX	Einfälle wie ein Wasserfall	Seite	1
POLITIK - REDAKTION	Syrien - Es droht den USA die Blamage ...	Seite	3
POLITIK - KOMMENTAR	Flucht - Tendenz Lager ...	Seite	5
POLITIK - AUSLAND	Brasiliens zukünftiger Wirtschaftsminister ist ein Chicago-Boy (poonal)	Seite	7
RECHT - FAKTEN	Der Streit um ein Konsultationsgesetz in Honduras (poonal)	Seite	8
UMWELT - BRENNPUNKT	Brandsatz Fukushima - Soziale Manipulation und Gefährdungsverblendung ...	Seite	10
VERANSTALTUNG	Zauberhafte Welt der Tiere - Lieder über die Bestie in uns Folk, Punk und Balkan-Beat	Seite	12
DIENSTE - WETTER	Und morgen, den 6. November 2018	Seite	16

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 6. November 2018

+++ Vorhersage für den 06.11.2018 bis zum 07.11.2018 +++



© 2018 by Schattenblick

Dienstag grau,
Sonne etwas,
für Jean mau,
er wird nicht naß.

IMPRESSUM **Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.